

Pressemitteilung

mit der Bitte um Veröffentlichung

Hauptverwaltung

Augsburg, 14.12.2017

Schwäbischer Bezirkstag verabschiedet Haushalt: Über 820 Millionen für Schwaben - Hebesatz der Bezirksumlage bleibt unverändert

Augsburg (pm). In seiner letzten Sitzung in diesem Jahr verabschiedete heute der schwäbische Bezirkstag in Kloster Irsee seinen Haushalt für 2018. Der Beschluss fiel, nach einer intensiven Debatte um die Gestaltung der Bezirksumlage, letztlich mit einer überwiegenden Mehrheit: Erstmals überschreitet das Gesamtvolumen des Haushalts die 800-Millionen-Grenze, der Hebesatz für die Bezirksumlage bleibt mit 22,4 Punkten unverändert.

Wie Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert in seiner Rede ausführte, befinde sich der Bezirk Schwaben zwar in einer komfortablen Einnahmesituation durch einen deutlichen Anstieg der Umlagekraft, trotzdem lasse sich der Haushalt nur mit Rückgriff auf die allgemeine Rücklage ausgleichen. Ausschlaggebend dafür seien vor allem die kontinuierlichen Zuwächse im Sozialbereich, bedingt durch eine steigende Zahl von Fällen, Tarifsteigerungen, die Übertragung zusätzlicher

Bearbeiter/in

Zimmer-Nummer A 501

Telefon 0821 3101-241
Telefax 0821 3101-289

pressestelle@
bezirk-schwaben.de

Aktenzeichen

pmxx

Postanschrift

Bezirk Schwaben
86147 Augsburg

Dienstgebäude

Hafnerberg 10
86152 Augsburg

Telefon 0821 3101-0
Telefax 0821 3101-200
www.bezirk-schwaben.de

ÖPNV / VGA
Stadtwerke, Stadttheater

Allgemeine Sprechzeiten
Mo-Fr 07:30 - 12:30 Uhr
Do 13:30 - 17:00 Uhr
zusätzlich nach Vereinbarung

Bankverbindung

Stadtsparkasse Augsburg
BLZ 720 500 00
Kontonummer 091

SWIFT-BIC:
AUGSDE77

IBAN:
DE70 7205 0000 0000 0000 91

Aufgaben auf die Bezirke wie die ambulante Hilfe zur Pflege und Sondersituationen wie die Kostenerstattung bei den Aufwendungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. „Dies bedeutet, dass nach wie vor, trotz großer Ausgabendisziplin, die Einnahmen mit den Ausgaben nicht Schritt halten“, so der Bezirkstagspräsident. Obwohl in Bayern die Bezirke zuständig sind für die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, komme von dem Geld, mit dem sich der Bund nun an diesen Kosten beteiligt, nichts direkt bei den Bezirken an. „Wir müssen diese Aufgabe nach wie vor aus der Umlage schultern.“

Insgesamt umfasst der Verwaltungs- und Vermögenshaushalt des Bezirk Schwaben **820.629.500 Euro**. Bedingt durch den Anstieg der Umlagekraft um 8,7 Prozent belaufen sich die Einnahmen aus der Bezirksumlage auf **484.550.000 €**. Bei einem unveränderten Hebesatz von **22,4 Prozent** sind dies Mehreinnahmen von 39 Millionen Euro

Dazu gab es seit 2014 erstmals wieder eine moderate Steigerung des Finanzausgleiches (FAG) um 7 Prozent, so dass sich die Einnahmen aus dem FAG auf **124.500.000 €** belaufen, 4,5 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr.

Demgegenüber stehen im Sozialbereich Ausgaben von **767.888.100 Millionen Euro**, das Soziale nimmt damit 96,06 Prozent des Verwaltungshaushaltes ein. „Und der Gestaltungsspielraum ist in diesem Bereich, da wir es hier überwiegend mit Pflichtleistungen zu tun haben, äußerst gering“, betonte Reichert. Im Vergleich dazu: Für die Kultur, unter anderem die Bezirksmuseen, die Heimatpflege, für Kulturförderung und Zuschüsse stehen etwas über 10 Millionen Euro beziehungsweise 1,28 Prozent des Verwaltungshaushaltes zur Verfügung.

Wie Kämmerer Martin Seitz ausführte, eröffne sich eine Deckungslücke von 13 Millionen Euro, die aus den Rücklagen des Bezirks zu schließen sei. „Ein Haushalt, der von den Rücklagen lebt, ist per se kein gesunder Haushalt“, so der Kämmerer.

Während die Fraktionsvorsitzenden Martin Sailer (CSU), Wolfgang Böhner (SPD), Kirsi Hofmeister-Streit (Bündnis 90/Die Grünen und ÖDP) und Manfred Buhl (FDP/BP) den Vorschlag - Ausgleich aus der Rücklage und keine Veränderung des Umlagesatzes - befürworteten, beantragten die Freien Wähler eine weitere Senkung der Bezirksumlagesatzes. „Die Kommunen könnten zusätzlich entlastet werden“, so Johann Fleschhut. Eine Argumentation, der sich aus der SPD auch Dr. Gerhard Ecker (Lindau) anschloss. Dem widersprach Bezirkstagspräsident Reichert: „Noch drei, vier solcher Jahre und unsere Rücklagen sind aufgebraucht.“ Zudem, so CSU-Fraktionsvorsitzender Martin Sailer, sei beispielsweise die Übernahme der ambulanten Hilfe zur Pflege durch den Bezirk ab 2018 eine signifikante Entlastung der Umlagezahler. Der Antrag der auf Senkung des Bezirksumlagesatzes wurde gegen die Stimmen der Freien Wähler und Gerhard Ecker abgelehnt.

Der Haushalt 2018 wurde als „Gesamtpaket“ jedoch mit den Stimmen aller Fraktionen verabschiedet bis auf die der Partei „Die Linke“.